Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, 1/4jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

Die Unterhaltungsbeilage „Die Neue Zeit" kostet monatl. 10 ₰, 1/4jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 1/2 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6585.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Völbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 121 — Halle a. S. Mittwoch den 25. Mai 1892. — 3. Jahrg.

Arbeiter! Genossen! Denkt an den Boykott! Meidet das hiesige Bier!

Provinzialtag der Parteigenossen der Provinz Sachsen.

Parteigenossen!

Da die meisten der mir von den Vertrauensmännern zugegangenen Zuschriften mit meinen Vorschlägen einverstanden sind, findet der in Aussicht genommene Provinzialtag der Provinz Sachsen

Sonntag den 5. Juni 1892

nachmittags im kleinen Saale des

„Concordia-Palast"

in Halle a. S., Geiststraße, statt.

Ich ersuche die Genossen, im Laufe des betreffenden Vormittags auf hiesigem Bahnhof anzukommen, von wo sie durch an Schleifen kenntlichen Genossen empfangen und nach dem Versammlungslokale begleitet werden sollen.

Als Tagesordnung schlage ich vor:

1. Situationsberichte der Delegierten über den Stand der Parteibewegung in ihren Kreisen.
2. Wie schaffen wir eine einheitliche Agitation für die Provinz Sachsen?
3. Die Parteipresse.
4. Anträge der Genossen.

Um allen Wünschen betr. der Tagesordnung gerecht zu werden, bitte ich, mir dieselben bis Ende Mai bekannt zu geben.

Einer allgemeinen Beteiligung der ganzen Provinz Sachsen sehe entgegen und zeichne

mit sozialdemokratischem Gruß

Alfred Jähnig,

p. Adr.: Genossenschafts-Buchdruckerei in Haüe a. S.

NB. Alle Parteiblätter der Provinz Sachsen werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Sozialdemokratische Volksschule.

K. K. Das „B. Tgbl." brachte vor einiger Zeit einen längeren „Die Schulideale der Sozialdemokratie" überschriebenen Artikel. Die Ausführungen des Blattes zeugen von einem Urteil in sozialistischen Dingen, welches durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist. Sie gipfeln in folgendem Herzenserguß der deutschfreisinnigen Bourgeoiszeitung:

„Der Satz „die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" steht nicht nur in der preußischen Verfassung, sondern ist in allen modernen Verfassungen dem Sinne nach, im österreichischen Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 auch dem Wortlaute nach enthalten. Wenn die Sozialdemokratie diesen Grundsatz beseitigen und an dessen Stelle das staatliche Unterrichtsmonopol einführen will, so wird damit eine viel weiter gehende Geistesknechtschaft gefordert, als von allen reaktionären Parteien zusammengenommen. Daß diese Tyrannei in ein liberales Mäntelchen gehüllt und als eine Befreiung der Schule und des Geisteslebens vom kirchlichen Joche hingestellt wird, ist ein Taschenspielerstückchen, das nur für eine urteilslose Gefolgschaft berechnet sein kann."

„Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei", dieser Satz bedeutet doch weiter nichts, als daß alles, was durch die Geistesarbeit der Menschheit als unumstößlich feststehend bewiesen werden kann, auch ohne irgend welche Einschränkung und ohne irgend welche Rücksicht auf vielleicht unbequeme Schlußfolgerungen gelehrt werden darf.

Wo in aller Welt sind wir denn diesem Grundsatze entgegengetreten? Wie will das heuchlerische Mosesche Reptil beweisen, daß wir unter Verleugnung so edler Prinzipien wie die in Frage stehenden eine „Geistesknechtschaft" beabsichtigen, welche größer sei als diejenige, welche von „allen reaktionären Parteien zusammengenommen" ausgeübt wird!

Dieses Gefasel und diese Flunkereien sind nur für die kapitalanbetende und darum „urteilslose Gefolgschaft" der deutschfreisinnigen Partei bestimmt.

Maßgebend für uns ist, was unser Parteiprogramm über die Schule sagt. In seiner lapidaren Kürze fordert es in § 7 „zunächst" folgendes:

„Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden."

Das „Berliner Tageblatt" stößt sich, wie es im Eingang seines Artikels ausführt, an den „obligatorischen Besuch der öffentlichen Volksschulen" und zieht aus dieser Forderung die Konsequenz, daß wir den „Bildungszwang" in eine Zwangsschule, in das „staatliche Schul- und Erziehungsmonopol" umwandeln wollen. Des weiteren fügt es — ein echtes „Taschenspielerstückchen" — hinzu, indem es von „Schuldespotie" auf „geistige Despotie" überhaupt zu sprechen kommt und auch diese uns unterschiebt, wir seien Feinde des Satzes: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei."

Es ist bezeichnend für die „satte" Moral des „Berliner Tageblattes", wenn es Anstoß nimmt an dem obligatorischen Besuch der öffentlichen Volksschulen. Man sieht daraus, wessen Interessen es vertritt. Es sind die Interessen des behäbigen, protzigen, liberalisierenden Philisters, der seinen Jungen oder sein Töchterchen nicht mit den Kindern aus dem Volk auf einer Schulbank sitzen lassen will. Natürlich darf man das nicht sagen. Da wird dann die Fortschrittsmaske vor das bornierte Antlitz gesteckt und das liberale Mäntelchen um die Schultern gehängt. Man stößt, wie so oft bei Vergewaltigung der Massen, zur Verhüllung der eigenen hochmütigen Neigungen scheinheilig in das demokratische Horn und schimpft auf die despotische böse Sozialdemokratie, die jeder wirklichen, jeder echten Freiheit den Garaus machen und auch in bezug auf die Jugenderziehung „in jedes Haus einen pädagogischen Polizisten schicken" wird. —

Wie ist es denn mit dem Besuch der öffentlichen Volksschulen jetzt bestellt? Werden dieselben nicht von mehr als 90 Proz. der schulpflichtigen Kinder wohl oder übel benutzt, und zwar trotz aller Mängel, die ihnen anhaften! Offenbar doch nur deshalb, weil in den weitaus meisten Fällen den Eltern die Mittel fehlen, ihre Kinder eine bessere Lehranstalt besuchen lassen zu können. Also nur wegen der Möglichkeit, daß die 10 Proz. der Eltern, welche ihre Kinder nicht in die Volksschule schicken wollen, in ihrem freien Bestimmungsrecht gehemmt werden, darf die Existenz der auf die Klasse zugeschnittenen Privat- oder Vorschule nicht angetastet werden. Darum das Gerede von dem sozialistischen Polizeistaat. Darum das Phrasengeklingel über die „geistige Despotie" der Sozialdemokratie. — Freiheiter, die nur einem kleinen Teil des Volkes zu gute kommen, sind Privilegien, wirkliche Freiheiten nützen der Gesamtheit des Volkes.

Das deutschfreisinnige Blatt schließt seinen Artikel, der nur für solche Leser bestimmt zu sein scheint, die in das eigentliche Wesen des Sozialismus, wenn möglich, noch weniger eingedrungen sind als der betreffende Verfasser, mit dem Ausdruck der Hoffnung:

„Es ist die „Arbeiter-Bildungsschule", die den Sozialisten erfahrungsmäßig nahegelegt zu haben scheint, wohin ihre Schulutopien führen. Das berechtigt immerhin zu der Hoffnung, daß auch in anderen Beziehungen die Erfahrung sich für diese Partei als eine gute Lehrmeisterin erweisen wird."

Auch in dem Ausspruch über die Arbeiterbildungsschule geht das „Tageblatt" fehl. Wenn dieselbe nicht in dem Maße reüssiert, wie es im Interesse der guten Sache wünschenswert ist, so liegt dies nicht an den „Schulutopien", denen sich die „Sozialisten" hingeben, sondern an der allgemeinen großen Mittellosigkeit der Schüler und der verhältnismäßigen Geringfügigkeit der überhaupt für sie zur Verfügung stehenden Geldmittel.

Was sind denn das für Schulutopien? Man studiere doch einmal den Lehrplan der Arbeiterbildungsschule. Die einzelnen Lehrgegenstände sind: Deutsch, Rechnen, Geschichte, Wirtschaftslehre. Was ist denn an der Vervollkommnung in diesen Lehrgegenständen oder an der Einführung in sie utopistisch? Lehren wir „icht die Wissenschaft der Wissenschaft und Wahrheit wegen? Ist es nicht dabei unser Endzweck, immer nur die Wahrheit, die reine, unverfälschte Wahrheit zu lehren! Man beweise uns doch, daß die Thatsachen, auf die wir uns stützen, unwahr oder erlogen sind! Staatshistoriographen des modernen Klassenstaates und Geschichtsklitterer sind wir allerdings nicht, dagegen geben wir die Thatsachen, wie sie durch die Wissenschaft echter Geschichtsforschung festgestellt sind — eine Methode, deren Richtigkeit die Staatswissenschaft der Verfechter der Klassenherrschaft allerdings nicht zugeben kann.

Der offenbare Haß, der in der ganzen bürgerlichen Presse zu tage getreten ist, sobald es sich um irgend eine Angelegen-

---

131| **Stefan vom Grillenhof.**

Roman von M. Kautsky.

Valerie bat noch dringlicher und mit den zärtlichsten Worten, die Eltern möchten nicht säumen und unverzüglich sich zur Reise bereit machen; sie brauchten sich jetzt keinerlei Einschränkungen mehr aufzuliegen, und sie sollten jetzt genießen dürfen, was ihnen so lange versagt geblieben; die gute, unvergeßliche Tante habe ja ihre Tochter wirklich zur Universalerbin eingesetzt, und sie sei jetzt reich.

Tiefenbachs kleideten sich in strenge Trauer, gratulierten sich und ihrer Tochter — und packten ein.

Der General war in der übelsten Laune, als er von diesem Entschlusse Tiefenbachs erfuhr; er nannte es einen Wahnsinn, eine Dummheit, seine gewohnte Art und Bequemlichkeit aufzugeben, um in Gasthöfen von schuftigen Wirten sich prellen zu lassen, er schimpfte zugleich auf die „Katzelmacher" da unten, auf die verräterischen, hirnverbrannten Venetianer und Mailänder, die ihren eigenen Vorteil so wenig verstanden und von Oesterreich abgefallen waren, und wie er es als eine Art von Illoyalität betrachte, denen da noch österreichisches Geld in den Rachen zu werfen. Als aber sein Brummen und seine Demonstrationen keinen Erfolg hatten und als er sah, daß die Reisevorbereitungen nichtsdestoweniger fortgesetzt wurden, fing ihm vor der Einsamkeit, die ihn fortan auf Schloß Hohenwang umgeben sollte, ernstlich bange zu werden an. Ewald, die Gräfin, der Hauptmann, sein alleweil Getreuer, sie alle verließen Seekirchen; nur Hans blieb ihm zurück, Hans, dem er täglich heftiger grollte, und der seinerseits den Vater mied, so viel er konnte. Der General war in diesen Tagen in einer häßlichen Laune, er ärgerte sich so gewaltig und hustete infolge dieser zornigen Erregung noch mehr als sonst. Er gab jetzt zu, daß er wirklich an Asthma leide, und als ihn Hauptmann Tiefenbach darauf aufmerksam machte, daß auch für ihn die milde Luft Italiens höchst wohlthätig und heilsam wäre, so widersprach er garnicht, und er brummte in sich hinein, er wolle einmal den Rat seines Freundes in Erwägung ziehen. Am nächsten Tag war es eine ausgemachte Sache, daß er und seine Gemahlin Hohenwang verlassen würden, um vorerst die Wiener Aerzte zu konsultieren und, falls diese eine Reise nach Italien und einen mehrmonatlichen Aufenthalt daselbst für angezeigt hielten, zugleich mit Tiefenbachs und der Gräfin nach Venedig zu gehen.

Die Baronin, die Ruhe und Bequemlichkeit vor allem liebte, seufzte heimlich über diesen ganz unerwarteten Beschluß ihres Gatten und Gebieters, aber sie war zu fügsam oder vielleicht auch zu indolent, um daran etwas ändern zu wollen.

Der General traf alle Verfügungen auf seinem Gute, die seine längere Abwesenheit bedingten. Alle Aufsicht über dasselbe und alle Obliegenheiten wurden Mietlingen übergeben, dem Sohne ward keinerlei Amt anvertraut oder auch nur Einflußnahme auf die Verwaltung gestattet. Es geschah dies nicht einmal, um ihn absichtlich zu demütigen, es zeigte nur, daß der Vater eben keinerlei Zuversicht in die Fähigkeiten seines jüngeren Sohnes setzte und daß er seine Thätigkeit völlig mißachtete. Er sollte gefüttert und versorgt werden wie ein zurückgebliebenes Luxustier, man verlangte keinerlei Gegenleistung dafür. Manchem faulen, gedankenlosen Burschen wäre eine solche Existenz höchst wünschenswert erschienen, auch der General meinte, der Junge hätte es besser, als er's verdiente; Hans fühlte sich erbittert, erniedrigt; all' sein Mannesmut war erwacht und damit der Entschluß, die Wohlthat dieser schmählichen Versorgung zurückzuweisen, und da seine geistigen Fähigkeiten als unzureichend selbst von dem Vater angesehen wurden, die Arme zu gebrauchen, um sich sein Brot selbst zu verdienen. Er sagte indes noch nichts davon, er wollte einen unnützen, aber jedenfalls aufregenden Auftritt vermeiden; er hatte auch garnicht die Absicht, sich in der Meinung seiner Familie höher zu stellen, er wußte, dies würde ihm nicht gelingen, und am wenigsten in der Weise, in der er vorzugehen gedachte, aber er wollte mit dem gedachten Schritt nur sich selber genügen.

In den ersten Tagen des September verließen die Familien Wachtler und Tiefenbach das Landstädtchen. Durch ihr Scheiden ging Seekirchen seiner illustren Persönlichkeiten verlustig, denn Hans, der sich mit allen gemein machte, wie die Seekirchener Bürger sagten, zählte nicht dazu, und die übrigen Sommergäste, die sich indes hier angesiedelt hatten, waren nicht vom Range derer von Hohenwang oder Tiefenbach. Die Seekirchener waren sehr unzufrieden über diesen leichtbeweglichen Sinn ihrer Haute-volee.

* * *

Es war ein wunderbar schöner Herbstmorgen, wie sie so häufig im Gebirge sind. Die Luft war klar und rein, nur über die entferneren Gegenstände breitete sich ein feiner Duft. Die Temperatur war von jener prickelnden Frische, die belebend auf die Nerven wirkt; Thätigkeit und Bewegung sind dann Bedürfnis, die durch die Nachtruhe angehäufte Kraft will sich ausgeben, sie will verbraucht sein. Nandl und ihre Genossen waren seit dem frühesten Morgen im Garten thätig. Die Pflanzung befand sich im üppigsten Flor, das Gemüse, in herrlichen Sorten vertreten, zeigte ein reiches Erträgnis und die meisten Blumen standen noch in Blüte. Aus Wald und Wiesen wurde überdies in sorglicher Auswahl eine Unmasse von Kräutern, Gräsern und Blumen hierhergebracht, teils um sie hierher zu versetzen, aber hauptsächlich um sie zu trocknen. Man konnte jetzt die Frucht einjähriger, schwerer Arbeit einheimsen und zugleich mit ihrer Verwertung beginnen. — Während hier außen alle in fröhlicher, lebendiger Thätigkeit sich tummelten, war es im Hause still und ruhig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218920525-16/fragment/page=0001

heit der Arbeiterbildungsschule handelte, ist kennzeichnend für die Denkweise der herrschenden Klassen auch in bezug auf die Volksschulen.

In der Volksschule des Klassenstaates wird in erster Linie die Gesinnung, erst in zweiter Reihe das Wissen betont. Es sind eben die Herrschenden, welche in der Volksschule die Geisteskost für die Beherrschten zubereiten. Sprach sich doch vor einigen Wochen der ultramontane Abgeordnete Reichsperger in geradezu drastischer Weise im preußischen Abgeordnetenhause dahin aus, daß nicht Wissen, sondern Gesinnungsdressur die Aufgabe der Volksschule sein müsse. In den aufgeregten Debatten über den Volksschulgesetzentwurf ließ man deutlich durchblicken oder sprach es offen aus, daß die Volksschule vor allem die Aufgabe habe, der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, d. h. derjenigen Partei, welche sich die Aufhebung der Klassenherrschaft in ökonomischer, politischer und geistig-moralischer Hinsicht zum Ziele setzt. Dadurch ist der Heuchelei des bürgerlichen Liberalismus die Larve vom scheinheiligen Gesicht gerissen, und die bürgerliche Schule steht vor aller Blicken als Werkzeug der Reaktion da.

Eine Volkserziehung, welche den Kindern mit peinlicher Gewissenhaftigkeit reines Thatsachenwissen und von der Wissenschaft allgemein anerkannte Wahrheiten gäbe, alle bloßen Meinungen und Glaubensansichten aber ihnen fern hielte in der Absicht, sie im reiferen Alter ein selbständiges Urteil gewinnen zu lassen, eine solche Erziehung der Volksjugend zu denkenden und selbständigen Menschen wäre zugleich ein Hebel zum Sturz des Klassenstaates und damit zum Sturz der ihm auf den Leib gemessenen Schule.

Den Liberalen aber sei es gesagt, daß nicht das unsere „Schulideale" sind, welche sie glauben uns als solche unterschieben zu müssen, und daß wir uns dagegen entschieden verwahren, daß eine derartige Unehrlichkeit im politischen Kampfe geübt werde.

Innerhalb der Einrichtungen der Bourgeoisie kann auch die Schule nie allgemein gedeihen; erst der Sturz des Klassenstaates bedeutet den Anfang der Verwirklichung unserer „Schulideale".

Politische Uebersicht.

Das Einkommen im Zukunftsstaat läßt sich die „Augsburger Abendzeitung" durch einen Berliner Berichterstatter näher fixieren.

„Die schwierige Frage, wie hoch sich der Verdienst des Arbeiters im sozialistischen Zukunftsstaat stellt, ist endlich gelöst und „Genosse" Türk, ein in kleineren Versammlungen oft gehörter Redner, hat uns dieses Geheimnis enthüllt. Herr Türk sprach im sozialdemokratischen Wahlverein für den 1. Wahlkreis; er suchte sich in seinem Vortrage recht wissenschaftlich auszudrücken und verstieg sich sodann zu der Behauptung, daß nach seinen Berechnungen das jährliche Einkommen jedes Arbeiters nach dem heutigen Geldwerte sich auf — 4500 Mark stellen wird. „Genosse" Täterow, der sich mit großer Vorliebe sprechen hört, war über diese Entdeckung auf das Höchste überrascht und erfreut und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Bodenbesitzreformer, welche eine solche Berechnung für unmöglich erklärt hätten, durch Abwesenheit glänzten. Aller „Genossen" Herzen sollen ob dieser Berechnung ihres „verehrten Vortragenden" schneller geschlagen haben, und das Bedauern, daß der sozialistische Zukunftsstaat, wo jeder Arbeiter 4500 Mark verdiene, trotz aller Resolutionen immer noch nicht komme, soll ein allseitiges gewesen sein."

Dem fügt die „Münchener Post" hinzu:

„Mit solchem billigen Geschreibsel sollte sich die „Augsburger Abendzeitung" nicht schmücken. Kein vernünftiger Parteigenosse giebt sich mit solchen Berechnungen ab, und wir sind fest überzeugt, daß der „Berliner Korrespondent" die ganze Einkommensgeschichte aus seinen eigenen Fingern gesogen hat. Mit Spott und Hohn machen die Gegner unsere Bewegung nicht tot."

Mit dieser Bemerkung begeht die „Münchener Post" denn doch einen Fehler. Wenn es auch ein Nonsens ist, den „Zukunftsstaat" schildern zu wollen und womöglich das ortsübliche Bedürfnis von Lokaldramen in Form einer neuen Gemeinde des „Zukunftsstaates" vorauszubestimmen, wie es unsere Gegner von uns verlangen, so läßt sich doch durch eine sehr einfache Betrachtung aus dem Durchschnittseinkommen und der Durchschnittsmehrwertrate bestimmen, welchen Wert bei genossenschaftlicher Produktion in Geld ausgedrückt das heutige Durchschnittseinkommen haben würde. Nichts anderes hat Genosse Türk abgeleitet; das ist keine Zukunftsmusik, sondern eine Zurückführung der albernen Eugen Richterschen Durchschnittsberechnung auf ihren wahren Wert. Der Fehler ist also nicht Genosse Türk zuzuschreiben, sondern dem bornierten Berichterstatter der „Augsburger Abendzeitung". —

Interessant ist übrigens die Türkische Berechnung auf jeden Fall. Wir wissen nicht, auf welchem Wege er zu dem Resultate gekommen ist, wir selbst aber sind, so schreibt die „Magd. Volksst.", indem wir uns auf einige von Hertzka gegebene Daten stützten, zu genau demselben Resultat gelangt.

Die Nichtbeachtung der Selbsteinschätzung (nach dem neuen preußischen Steuergesetz) hat in Schwetz nach der „Danziger Zeitung" manche eigentümlichen Folgen gehabt. Ein Grundbesitzer im benachbarten Kulmer Kreise, Vorsitzender eines landwirtschaftlichen Vereins, ist mehrere Stufen über seine eigene Deklaration von der Einschätzungskommission veranlagt worden. Darauf zeigte er dem qu. Verein seinen Austritt mit der Begründung an, daß, da er nicht mehr glaubwürdig, auch ungeeignet sei, fernerhin Mitglied und Vorsitzender eines landwirtschaftlichen Vereins zu sein. — Auch in Berlin soll ein höherer Militär beim Ehrengericht angefragt haben, was er zu thun habe, da seinen eigenen Angaben nicht voller Glaube entgegengebracht worden. Ob die Bochumer Größen, welche laut gerichtlicher Erhebungen zu wenig Steuern gezahlt hatten, ebenso feinfühlig waren, ist uns nicht mehr recht erinnerlich.

„Die internationale Arbeitergesetzgebung der Zukunft", schreibt der liberale „Rheinthaler", „wird nach drei Richtungen ein ungeheurer Fortschritt sein; sie wird der Ueberproduktion eine mächtige Schranke setzen; sie wird die thatsächlichen Nachteile beseitigen, welche die Fabrikation derjenigen Länder treffen, die jetzt schon Arbeiter-, beziehungsweise Fabrikgesetze haben, und endlich wird sie eine der größten Wohlthaten werden, die den Armen, Gedrückten und Abhängigen von Staats wegen erwiesen werden kann." Gut! Aber wie reimt sich damit das auch in der liberalen Presse so oft vorkommende Geschrei gegen die nationale und internationale Arbeiterbewegung, welche die denkbar kräftigste Förderung des Zustandekommens einer wirksamen internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung bedeutet?

Wien, 23. Mai. Langfeld aus Breslau, der Bibliothekar des Triester deutschen Arbeiter-Lesevereins wurde ausgewiesen.

Aus Stadt und Land.

Wir bitten unsere werten Leser, uns von allen wissenswerten Vorfällen lokaler Natur baldmöglichst Mitteilung zu machen, damit wir in den Stand gesetzt werden, dem Leserkreis rechtzeitig davon Kenntnis zu geben. Wir ersuchen die Parteigenossen, sich bei solchen Mitteilungen kurz auf das thatsächlich Vorgefallene zu beschränken und sind gern erbötig, etwa entstehende Kosten zu ersetzen.

Halle, 24. Mai.

Oeffentliche Volksversammlung des Kommunistischen Klubs. Die gestern abend vom Kommunistischen Klub im großen Saale des „Concordiapalast" einberufene Versammlung war nicht, wie sonst die von sozialdemokratischer Seite einberufenen öffentlichen Volksversammlungen besucht. Der Einberufer, der Maler B., giebt bekannt, daß der Kommunistische Klub fast dasselbe Ziel erstrebe, wie die Sozialdemokratie (?) und empfiehlt der Versammlung, daß von fraglichen 2 Richtungen die Redner abwechselnd zum Worte gelangen, was die Versammlung auch acceptiert. Nachdem das Büreau ausschließlich aus Mitgliedern unserer Partei (Grothe, Jähnig, Ebeling) gewählt, bekam der Referent der Unabhängigen, Herr Albert Auerbach aus Berlin, zu dem Thema: „Der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie" das Wort. Redner verstand es, gleich bei Beginn seines Vortrages, sehr gut, die Sympathie der Versammelten zu erwerben, indem er mit den Worten anfing: „Stellen wir uns doch nicht als Wildfremde, als Niegekannte gegenüber. Im Rahmen der Sozialdemokratie hat früher so mancher Kampf getobt, wie z. B. die Fehde zwischen den Lassalleanern und der Eisenacher Richtung, der Kampf zwischen Most und Hasselmann, und so wird das klassenbewußte Proletariat noch manchen heißen Kampf überwinden müssen. Das Herausstreten aus der sozialdemokratischen Partei ist uns, den „Unabhängigen", nicht so leicht geworden, aber die Zugehörigkeit zur proletarischen Bewegung stand uns näher als die sozialdemokratische Partei. Es sind nicht alle diejenigen, die heute Sozialdemokraten sind, als solche geboren und so werden auch konsequenterweise solche, die mit der Sozialdemokratie ausgerungen haben, zu uns kommen. Die Presse der Sozialdemokratie hetzt gegen diejenigen, die gegen den Stimmenfang in den politischen Körperschaften protestieren und so wird der Masse der Glaube beige'racht, als übten die Unabhängigen den Verrat an der Arbeiterklasse. Was für Erfolge sind nun durch den Parlamentarismus erzielt. Früher waren noch einige sozialdemokratische Herren der Ansicht, daß das zu viele Parlamenteln schadet; aber heute wird der Parlamentarismus als das A und das O der proletarischen Bewegung hingestellt. So meinte der Abgeordnete Bebel auf dem 1877 in Gotha stattgefundenen Kongreß, es solle nur immer ein Vertreter der Sozialdemokratie im Parlament anwesend sein, um zu protestieren; an dem Komödienspiel im Reichstag sollten sich aber die Arbeitervertreter nicht beteiligen. Das Wichtigste an dem Parlamentarismus ist die propagandistische Agitation, nämlich das Wählen. In ähnlicher Weise schrieb im Jahre 1885 der Züricher „Sozialdemokrat", indem er sich u. a. äußerte, es sei gut, daß die parlamentarischen Bäume der Sozialdemokratie nicht in den Himmel wachsen. Dieses war der Standpunkt von früher, wo Liebknecht sagte: „Wenn sich die Verhältnisse ändern, so ist es nicht Charakterstärke sondern Charakterschwäche, wenn wir unsere Taktik nicht ändern. Die Verhältnisse haben sich geändert, infolgedessen habe die Sozialdemokratie in dem Nichtändern der Taktik eine Schwäche gezeigt. Das Parlament ist eine Institution des heutigen Klassenstaates und dieser eine Organisation der besitzenden Klassen. Der heutige Staat ist die Folge des Privateigentums und das Gegenteil ist die freie Gesellschaft. Dies ist nun keine Erfindung der Unabhängigen, sondern das hat Friedrich Engels in der Broschüre „Der Ursprung der Familie" nachgewiesen. Unser heutiger Staat braucht das Parlament, um die Arbeiter am Boden zu halten, infolgedessen ist das Parlament eine Machthabe des heutigen Staates, mit der wir nicht paktieren sollen. Engels sagt auch, das allgemeine Wahlrecht sei der Gradmesser der Arbeiterbewegung, auch dieses kann Redner nicht anerkennen, so sehr er in anderen Fällen die Autorität Engels anerkennt. Das Wählen ist ein Denken ohne That, aber kein prinzipielles Handeln, es ist ein Messer ohne Schneide. Das Parlament ist als Handhabe des heutigen Staates ein baufälliges Haus und begeht die Sozialdemokratie bitteres Unrecht an den Arbeitern, wenn dieselbe eine derartige Institution noch unterstützt. Es wird im Reichstag alles das angenommen, was im Interesse der Bourgeoisie liegt. Sie ist nicht so sentimental, den Arbeitern ehrliche Konzessionen zu machen, infolgedessen soll sich die Sozialdemokratie nicht an dem Flickwerk des heutigen Staates beteiligen. In England haben die Arbeiter ohne Parlament ein Arbeiterschutzgesetz bekommen. In Oesterreich ist die Demonstration am 1. Mai gänzlich verlaufen ohne Parlament und so weiter. Ein Machtmittel wird also das Parlament für die Arbeiter niemals werden, das hat auch der Abgeordnete Singer, der hierin vollständig recht hat, einem ausländischen Reporter zugestanden, indem er meinte: Wenn die Sozialdemokratie würde die Majorität im Reichstag bekommen, so würde die herrschende Klasse das allgemeine Stimmrecht sofort beseitigen. Redner erwähnt sodann die bekannte Liebknechtsche Broschüre von 1869 und erörtert einige Zitate aus den Liebknechtschen Reden betreffs des Parlamentarismus. Wenn Liebknecht damals und in jüngster Zeit noch sagte: „Prinzipien lassen sich nicht teilen, sondern nur opfern, wer mit Feinden parlamentiert, der paktiert, so findet dieser Ausspruch heute auf die Sozialdemokratie Anwendung. Sie sollte im Parlament nicht erst den 10-, dann den 9- und schließlich den 8stündigen Arbeitstag fordern, sondern zu den Gegnern sagen, wir fordern im Interesse der Arbeiterschaft den 8stündigen Arbeitstag, thut Ihr was Ihr wollt. Alle die sozialdemokratischen Komplimente, auch im sächsischen Landtag, haben der Arbeiterpartei nichts genützt. Wer sich einmal auf die schiefe Ebene des Parlamentarismus begeben hat, muß versumpfen. Wie konnten die sozialdemokratischen Vertreter für Verstaatlichung der Apotheken eintreten, also diesem Staat, der bekämpft wird, noch mehr Machtmittel in die Hände geben. Wir haben nicht die Verpflichtung, die Klassengegensätze zu verkleistern, sondern aufzureißen. Das Wählen kann den heutigen Staat nicht aus den Angeln heben. Wie viel die Bourgeoisie auf den Stimmzettel giebt, ist daraus ersichtlich, daß sie sich nicht gescheut hat, die 5jährigen Legislaturperioden einzuführen. Wir (die Unabhängigen) protestieren gegen den Stimmenfang und verweisen als Ersatz dafür die Arbeiter auf einen ökonomischen Kampf. In den Gewerkschaften ist der Kampf zu führen, aber nicht mit dem Geiste der Disziplin, sondern mit dem Geiste der Solidarität. Die Zeit der Wahlen wird von uns benutzt werden, um zu protestieren gegen den heutigen Klassenstaat. Redner endete unter geteiltem Beifall seinen etwa 1½stündigen Vortrag sodann mit dem Schlußpassus des alten sozialdemokratischen Programms: Wir erstreben die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln reaktionärer Staatsgewalt.

In der Diskussion erhält zunächst Gen. Albrecht das Wort. Derselbe spricht seine Verwunderung aus, daß die Herren Auerbach und Genossen sich vor einem Jahre noch selbst haben als Kandidaten aufstellen lassen und so energisch für ihre Wahl gearbeitet hätten. Vor einem Jahre seien sie noch energische Anhänger des Parlamentarismus gewesen und heute seien sie eben so energische Gegner des Parlamentarismus. Es sei eigentümlich, daß die Unabhängigen so plötzlich zu dieser Erkenntnis gekommen und auf einmal zu ihrer so viel gerühmten Charakterstärke gekommen seien. Bei Herrn Auerbach sei anzuerkennen, daß er wenigstens auf dem Parteitag seinen Standpunkt vertreten habe, was seitens seiner Gesinnungsgenossen nicht gesagt werden könne. Redner ging nun auf den Parlamentarismus ein. Durch ihre Taktik sei die Sozialdemokratie das geworden, was sie heute sei, eine Macht, mit der die herrschenden Kreise rechnen müßten. Zur Taktik habe stets die Beteiligung an den Wahlen gehört. Wenn diese Beteiligung schädigend wirke, wie die Opposition sage, dann müsse doch die Partei im Zerfall begriffen sein. Das sei nicht nur nicht der Fall, sondern die Partei mächtig gewachsen. Die Sozialdemokratie habe sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments stets ihre Pflicht gethan. Redner kommt auf den 1. Mai zu sprechen. Die Verhältnisse in Deutschland gestatteten nicht, den 1. Mai, wenn er an einem Wochentage fällt, zu feiern. Das Beispiel Hamburgs zeige, wie man in dieser Frage nicht verfahren dürfe. Wer mit dem Kopf durch die Wand wolle, renne sich den Schädel ein. Die Sozialdemokratie habe stets zielbewußt gehandelt. Man könne nur für oder gegen die Sozialdemokratie sein. Die älteren Aeußerungen Liebknechts über den Parlamentarismus habe dieser auf den Parteitagen und auch sonst wiederholt dahin richtig gestellt, daß heute die Verhältnisse andere seien wie damals. Die Arbeiter verlangten eine positive Mitarbeit an der Gesetzgebung. Paktiert habe die Sozialdemokratie aber niemals und werde sie niemals. Die Sozialdemokratie gehe langsam aber sicher ihrem Ziele zu — im Parlamente suche sie das Möglichste zu erreichen, außerhalb desselben wirke sie nach jeder Seite hin aufklärend. Bezüglich des Lumpenproletariats zeige die Geschichte, daß dasselbe stets der Arbeiterbewegung in den Rücken gefallen sei. Wenn dasselbe Ausschreitungen veranlasse, müsse betont werden, daß die Sozialdemokratie mit ihnen nichts zu thun hat. Albrecht kommt nun auf das Verhalten der Opposition auf dem Parteitag zu sprechen. Sie hätten Verleumdungen vorgebracht und weder widerrufen noch bewiesen. Nach dem Parteitag hätten sie ihre alten Verleumdungen wieder aufgewärmt. Die Unabhängigen neigten mehr zum Anarchismus als zum Sozialismus, was sie doch besser offen anerkennen sollten. Sie seien aber selbst nicht klar. Die Sozialdemokratie werde aber trotz aller Anzapfungen von rechts und links zu siegen wissen.

Der nächste Redner bei Unabhängigen verzichtete zu gunsten Auerbachs aufs Wort. Dies erkennt (irrtümlicherweise! D. Red.) der Vorsitzende nicht als richtig an und giebt dem nächsten Redner dieser Schattierung, Herrn Köhler, das Wort. Die Ausführungen dieses Herren übergehen wir besser in seinem eigenen Interesse. Bemerken wollen wir nur, daß er wiederholt erklärte, nicht zu den Unabhängigen zu gehören, aber in sehr Vielem mit denselben einverstanden sei. Anklang hat er jedoch mit seinen Ausführungen auf beiden Seiten nicht gefunden.

Hierauf gelangte Herr Mittag zum Worte. Er betont zunächst, daß die freie Meinungsäußerung gewahrt werden müsse. Innerhalb der Sozialdemokratie könne jeder seine Ansicht frei äußern. Auch über die Beteiligung der Sozialdemokratie an dem Parlamentarismus giebt es verschiedene Ansichten. Er stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn die herrschende Gesellschaft die Waffe des Parlamentarismus gegen uns ausspiele, wir dieselbe Waffe benutzen müßten, wenn sie uns zur Verfügung stehe. Und die Sozialdemokratie habe die Waffe zu gebrauchen verstanden. Sie habe im Reichstage protestiert gegen die Pflästerchen, mit denen man den Riß der Klassengegensätze habe verkleistern wollen. Die Arbeiter verlangten heute mit Recht, daß etwas für sie gethan werde, und wenn auch nicht viel erreicht sei, so habe sie doch manchen, wenngleich kleinen Vorteil zu verzeichnen. Wenn sie nicht das erreichen könne, was sie erstrebe, so sei daran schuld, daß sie trotz ihrer Stärke noch nicht stark genug sei. Die ökonomische Uebermacht sei auf seiten der besitzenden Minderheit. Die jetzt wirtschaftliche Sozialdemokratie müsse erst ökonomisch erstarken, dann werde sie alles erreichen, was erreicht werden solle. Den immer lauter werdenden Forderungen der Sozialdemokratie müsse selbst die stärkste Regierung nachgeben. Auerbach sage, der Achtstundentag, der auf dem ersten internationalen Arbeiterkongreß als Forderung aufgestellt worden sei, sei der erste Schritt zu einer wirklichen Befreiung der Arbeiter. Wie aber solle der achtstündige Arbeitstag erreicht werden. Er hege die Hoffnung, daß durch lautes und eindringliches Fordern der Arbeiter auch schließlich das Parlament unter dem Drucke der immer mehr erstarkenden Arbeiterbewegung dieser Forderung nachgeben müsse. Wie anders wollen wir denn eine solche Forderung durchsetzen? Sollen wir denn mit Gewalt vorgehen? Die französische Revolution sei durch Gewalt entstanden, sie ist auch durch Gewalt vergangen. Die Unabhängigen seien gegen die Autorität und gegen jede Zentralisation, welche ein Konzentration von Machtmitteln sei. Wer die Zentralisation verwerfe, sei für das Gruppenwesen, wo der völlige Individualismus herrsche. Man müsse sich aber allgemeinen Grundsätzen unterordnen. Auf dem Wege der Unabhängigen komme man nicht zum Ziele. Was uns not thue sei Einigkeit. Wenn der Parlamentarismus mit der Zeit als Waffe unbrauchbar geworden sei, werde man die Taktik ändern müssen. Bisher habe aber die Sozialdemokratie stets die richtigen Wege eingeschlagen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Hierauf brachte der Vorsitzende folgende Resolution zur Verlesung:

Die am 23. Mai im „Concordia-Palast" tagende, von unabhängigen „Kommunistischen Klub" einberufene öffentliche Volksversammlung erkennt nach wie vor den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei hinsichtlich des Parlamentarismus als den richtigen an.

Die Versammlung erklärt insbesondere, daß die Beteiligung an den Wahlen zu den politischen Körperschaften und die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten das wirksamste Mittel ist, der Sozialdemokratie neue Anhänger zu gewinnen.

Die Versammlung erklärt ferner, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat gegenüber stets rücksichtslos die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie vertreten, sowie die auf dem Boden der heutigen Gesell-

---

In dem Wohnzimmer des Professors, das in gute Ordnung gebracht war, standen die Fenster weit geöffnet, Stefan, in einem bequemen Lehnstuhl saß an einem derselben, das nach dem Garten ging. Er stützte die Ellenbogen auf die Lehne und den Kopf in die Hand; ein aufgeschlagenes Buch, das er der Bibliothek des Proffessor entnommen hatte, lag auf seinem Knie, aber er las nicht darin; seine Augen richteten sich nach dem Garten und darüber hinaus, dem Walde zu, dessen dunkle Tannen, vom glänzenden Sonnenschein erreicht, immer bestimmter aus dem zarten Dunstgewebe des Morgens heraustraten und bereits einen würzigen Harzduft ausströmten, der bis hierher drang. Er schlürfte ihn mit wonnigem Behagen, und nun senkte sich ein wenig sein Blick, den sonnigen Flächen entgegen, die noch thaufrisch erglänzten und deren Gräser all' ihren kalten Schimmer begehrlich den glühenden, belebenden Strahlen preisgaben.

Die Luft, die Himmelsbläue, die Sonne, der Duft von Wald und Blumen, was bedeuten sie einem Menschen, der nach langer Krankheit sich wieder daran erfreuen kann! Niemals ist man empfänglicher dafür, niemals genießt man mit größerer Wonne, mit reinerem Sinn die Herrlichkeit der Natur, als wenn man in dem zartempfindlichen Zustand der Rekonvaleszenz sich befindet. Stefan gab sich ganz dem erfrischenden Zauber hin, er verspürte wieder Jugend und Lebenslust, es war ihm, als keime in seinen Muskeln neue Kraft. Er erhob sich von seinem Sessel, wie von einer Art prüfender Neugier getrieben, er streckte seinen Körper, er stand aufrecht, er erzhien sich so hoch, es war ihm, als sei er gewachsen. Er that einige Schritte, er trug das Gewicht seines Körpers, er konnte allein gehen, ohne jegliche Stütze. Unendliche Freude überkam ihn, er war also nicht mehr krank und schwach, er war gesund geworden!

Er ging, als wolle er sich das selbst beweisen, einigemal im Zimmer auf und ab. Ja, er hatte wieder Kraft, und diese Kraft sie würde nun täglich zunehmen und er würde wieder arbeiten können und thätig sein und leben wie andere Menschen!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218920525-16/fragment/page=0002

schaft und im Interesse der Arbeiterschaft nötigen Reformen erstrebt haben, ohne über die Bedeutung der Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie in ökonomischer Hinsicht im Zweifel zu sein und sich Illusionen hinzugeben.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben in den Parlamenten vollständig dem sozialdemokratischen Prinzip gemäß gehandelt, indem sie die Haltlosigkeit der bestehenden Verhältnisse nachwiesen, den herrschenden Klassen die Maske vom Gesicht rissen und unserem Prinzip entsprechende Anträge einbrachten.

Sodann bekam der Referent Herr Auerbach das Schlußwort, in welchem er gegen Albrecht zunächst den Vorwurf erhebt, daß selbiger das heutige Thema nur mit dem Aermel gestreift und sich hauptsächlich mit Nebensachen beschäftigt habe. Einen wahren Rattenkönig von Mißverständnissen hat Albrecht zu tage gefördert. Er, Redner, habe nch von der Schädlichkeit des Parlamentis überzeugt und somit nur demgemäß seine Meinung offenbart. Wenn die Unabhängigen einmal in das Fahrwasser der Ausübung der Diktatur geraten würden, so würde auch wieder, wie heute bei der Sozialdemokratie, eine Opposition vorhanden sein, die diesem Treiben entgegenarbeiten wird. Der Herr Albrecht hat den Unabhängigen vorgeworfen, daß sie bei eventuellen Strafandrohungen in das Ausland flüchten, nun, er, Redner, kann sich für die heutigen Gefängnisse nicht begeistern, wie auch jedenfalls Albrecht nicht. Es muß den Arbeitern schon allein überlassen bleiben, ob sie ihre gubiktierten Strafen verbüßen oder nicht. Wenn Albrecht sagt, wir sind Anarchisten, weil wir die freie Individualität vertreten, so setzt er sich mit seinem eigenen Parteiorgan in Widerspruch, welches in heutiger Nummer dasselbe thut. So wie die Vorredner ausgeführt, daß die Sozialdemokratie mit den Unabhängigen ebensogut fertig werden wird wie mit jedem anderen Gegner, so werden auch die Sozialisten die falschen Ansichten der Sozialdemokratie bekämpfen und die Arbeiter auf den richtigen Kampfplatz führen. Die eingebrachte Resolution wird jedenfalls angenommen werden, das kann uns Sozialisten aber nicht zurückhalten; unsere Idee wird Anhänger finden trotz aller Resolutionen gegen uns. Redner schließt sodann mit einer Aufforderung zum Abonnement auf den „Sozialist".

Da es mittlerweile 1 Uhr geworden und allgemeine Abgespanntheit erkennbar war, ließ der Vorsitzende über die Resolution abstimmen, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, worauf der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß.

Der Bericht über die gestrige Stadtverordnetensitzung muß Raummangels wegen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Im **Walhallatheater** beginnt Fräulein Coralie, eine Chansonnette von hervorragender Begabung, heute ein mehrtägiges Gastspiel.

Zur Warnung. In Hausknechtsuniform gehen seit einigen Tagen einige Tuchhändler hausieren, um Leichtgläubigen ihren Plunder, der in der Regel nichts wert ist, für schweres Geld aufzuhalsen. Dieselben gaben sich bei einigen hineingelegten Arbeitern als Hausknechte des „Hotel Stadt Hamburg" aus, eine Erkundigung dortselbst ergab jedoch, daß dies Schwindel war. Die Schwindler führen nur immer ein oder zwei Stück Tuch bei sich und geben an, daß ein Reisender dasselbe wegen Geldmangel habe zurücklassen müssen. Da die Betrüger jedenfalls noch öfter hier ihr Glück versuchen werden — vielleicht auch auf andere Weise — so sei hiermit vor denselben gewarnt.

Die Mauer an der Schwemme, welche allerdings stets dadurch gefahrdrohend erschien, als die Kinder sich über dieselbe legten oder auf der nach dem Wasser zu abfallenden Abdachung derselben umherliefen, um dem Schwemmen der Pferde zuzuschauen, war allerdings recht niedrig, wohl kaum meterhoch. Es ist der löbliche Beschluß gefaßt worden, dieses manches Jahrzehnt alte Mauerwerk zum Schutz gegen Gefahren zu erhöhen und ist diese Arbeit jetzt in Angriff genommen. Wie die teilweise fertiggestellte Erhöhung der Mauer aber zeigt, ist diese Arbeit in durchaus unzulänglicher Weise zur Ausführung gelangt, da die Erhöhung im ganzen ungefähr $^1/_3$ Meter austrägt, sodaß nach wie vor Kinder in der Lage sind, mit Leichtigkeit sich auf die wiederum nach dem Wasser zu abgeschrägte Mauerbedachung zu schwingen und sich gleicher, wenn nicht größerer Gefahr wie bisher auszusetzen. Es würden wohl nicht so außerordentliche Mehrkosten entstehen, wenn die Mauer dort bis zu einer normalen Höhe vergrößert würde.

Eine Anzahl Lattcher provozierte bei dem Vergnügen der Schuhmacher am Sonntag abend einen Skandal, und als die Ruhestörer von dem Vorsitzenden aus dem Saale verwiesen wurden, drangen dieselben auf ihn ein, und einer der rohen Patrone versetzte dem seines Amtes waltenden Vorsitzenden einen Schlag mit der geballten Faust ins Gesicht, sodaß er über dem Auge blutete. Der Versuch, den rohen Menschen festnehmen zu lassen, gelang leider nicht, da er entwischte.

Merseburg. Ein ehrwürdiges Alter haben in diesem Jahre zwei Türme unserer berühmten Schloß- oder Domkirche erreicht, nämlich die vom Bischof Hunold im Jahre 1042 erbauten beiden Türme der Ostseite, welche eine Höhe von weit über 200 Fuß haben und in diesem Jahre auf die Vergangenheit von 8 $^1/_2$ Jahrhunderten herabblicken. Die Veranlassung zur Errichtung dieser beiden Türme war der dreimalige Einsturz des Gewölbes des Chors, das bis dahin keinen Widerhalt gehabt hatte. Mit der Herstellung der Türme war dieser Fehler geheilt. Der Sage nach diente der sogenannte „weiße Turm" im grauen Mittelalter als Gefängnis, und noch kurz vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts will man in einer engen Mauerspalte Menschenknochen und eiserne Ketten gefunden haben (1736). Gewiß aber ist, daß der Turm in gefahrvoller Zeit als Aufbewahrungsort für wichtige Gegenstände galt.

Eisleben. Zu Hilfe, das Wasser schwemmt uns die Sozialdemokraten ins Land. Das ist der Schreckensruf, welcher jetzt im Mansfelder Königreich Leuschner ertönt. Das „Bötchen" stößt folgenden Schreckensschrei aus:

„Auf dem Schafbreiter Revier haben sich leider in neuester Zeit die Wasserzuflüsse derartig vermehrt, daß sie trotz der größten Kraftanstrengung aller vorhandenen Pumpen nicht bewältigt werden konnten, sondern noch fortwährend im Steigen begriffen sind. Wenn nicht bald eine Wendung zum bessern eintritt, so ist die traurige Aussicht vorhanden, daß nicht nur das erwähnte Revier, sondern auch das mit demselben durchschlägige Glückaufer Revier nach und nach ersaufen wird. Natürlich werden seitens der Mansfelder Kupferschieferbauenden Gewerkschaft alle Mittel, welche Wissenschaft und Erfahrung an die Hand geben, benutzt werden, um diese für unsere ganze Gegend bedrohliche und verderbliche Möglichkeit abzuwenden. — In bisheriger vorsorglicher und arbeiterfreundlicher Weise wird auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen dahin gestrebt, daß den Mamschaften, soweit es menschenmöglich ist, Arbeit und Verdienst gesichert bleibt. Mögen unsere Berg- und Hüttenleute das feste Vertrauen und die gewohnte Treue bewahren und nicht auf die Worte der Umsturzredner und Hetzer hören. Die „Roten" jubeln in ihren Blättern über die Notlage, sie äußern in hämischer und gemeiner Weise ihre Freude und suchen die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu benutzen. Aber ihre Pläne sollen und müssen scheitern, denn Mansfelds Berg- und Hüttenleute werden fest und entschlossen wie in den guten, so auch in den, hoffentlich nur vorübergehenden, bösen Tagen zu ihrer Arbeitgeberin und deren Angestellten stehen!"

Gemein wie immer lügt das Blatt. „Die Roten jubeln über die Notlage der Arbeiter." Wir halten es unter unserer Würde, darauf professionsmäßigen Verleumdern zu antworten; ein allerdings ist uns klar geworden, das Königreich Leuschner ist ins Wackeln gekommen und die absolute Herrlichkeit geht zu Ende, daher der panische Schrecken. („Volksbote".)

Eisleben, 23. Mai. In vergangener Nacht kurz nach 1 Uhr wurden wir durch Feuerlärm erschreckt. In der Neustadt war ein Brand ausgebrochen, der gefährlich zu werden drohte. Es brannte das am Breiten Wege belegene Wohnhaus des Uhrmachers Klix. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand schon der ganze Dachstuhl in Flammen. Dank dem nachdrücklichen Eingreifen der Feuerwehr wurde das Feuer gelöscht, ehe es weitern Umfang annahm. Wie der Brand entstanden ist noch nicht bekannt. (S.-Z.)

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 23 Mai. (3. Strafkammer.) Diebstahl im wiederholten Rückfall hatte den mit 3 Jahren Zuchthaus vorbestraften Arbeiter Ernst Schmiedel von hier, 36 Jahre alt, geb. zu Bernburg, auf die Anklagebank gebracht. Derselbe ist geständig im März d. J. 45 Bogen Papier, das mit dem Magistratsstempel gekennzeichnet war, aus dem Einwohnermeldeamt, ferner am 5. April eine dem Fräulein Sachse gehörige goldene Damenuhr mit Kette, 70 M. Wert, und in der Nacht vom 6. April einer Frau Müller, wo er gewohnt, 6 M. bares Geld entwendet zu haben. Das Papier, welches der Angeklagte gelegentlich eines Besuchs seines auf dem Einwohnermeldeamt beschäftigten Vaters entwendet, wollte derselbe zu Briefpapier verbrauchen. Die Uhr und Kette hatte Angeklagter teils aus Eigennutz, angeblich auch als Schadloshaltung für bei dem Fräulein Sachse geleistete Arbeiten gestohlen. Die entwendeten Sachen sind den Bestohlenen wieder zurückerstattet. Dem Strafantrage gemäß wurde der Angeklagte wegen dreier Diebstähle im wiederholten Rückfalle zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und Nebenstrafen verurteilt. — Der schon wegen Betrugs und Unterschlagung vorbestrafte Handelsmann Otto Klaus aus Reudnitz bei Leipzig, 53 Jahre alt, war vom Schöffengericht zu Gerbstädt wegen Betrugs in zwei Fällen zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden, wogegen derselbe Berufung eingelegt. Die Strafthaten des Angeklagten bestanden darin, daß er im Februar v. J. den Gastwirt Ehrverlust und Nebenstrafen verurteilt. — Der schon wegen Betrugs und Unterschlagung vorbestrafte Handelsmann Otto Klaus aus Reudnitz bei Leipzig, 53 Jahre alt, war vom Schöffengericht zu Gerbstädt wegen Betrugs in zwei Fällen zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden, wogegen derselbe Berufung eingelegt. Die Strafthaten des Angeklagten bestanden darin, daß er im Februar v. J. den Gastwirt Schröder in Beesenlaubingen um 10, 50 M. und den Gastwirt Brende! in Gerbstädt um 20 M. betrogen, indem er fragliche Summen auf bestellte Biermarken und Kautschuktempel als Anzahlungen entgegen genommen, die verprochenen Waren nicht gesandt, sowie auch den Geschädigten keine Entschuldigungsgründe für den Ausbleib der Waren zukommen ließ, worauf seine Verhaftung im Februar 1891 erfolgte. Die Entschuldigungsgründe des Angeklagten, daß er beabsichtigt, jene Biermarken bezw. Stempel an die Geschädigten zu liefern, aber durch seine Verhaftung davon zurückgehalten wurde, fanden, wie auch in der Berufungsinstanz, keinen Glauben, weshalb die Berufung verworfen wurde, indem der Gerichtshof als erwiesen annahm, daß Angeklagter ohne die Absicht Waren zu liefern, jene Gelder entgegen genommen hatte. — In einer ziemlich rohen Art und Weise hatte sich der 28 jährige Maurer Friedrich Schönfeld von hier vergangen, indem er die Ehefrau des Magistratsdieners Rese von hier am Abend des 10. Oktober v. J. am Moritzzwinger ohne jeden Anlaß mit der Faust vor den Unterleib gestoßen, so daß dieselbe längere Zeit Schmerzen gehabt. Die für diese Frivolität vom Schöffengericht wegen Körperverletzung, Beleidigung und Erregung öffentlichen Aergernisses zudiktierte Gefängnisstrafe von 5 Monaten wurde für Recht erkannt und die gegen dieses Urteil wegen der Höhe des Strafmaßes eingelegte Berufung verworfen. — Der 45 jährige Oekonom Goerzig aus Gräfenhainichen wurde der fahrlässigen Körperverletzung beschuldigt, weil er seinem 14 jährigen Dienstmädchen Luise Litz geheißen, an der Dreschmaschine bei einer Inbetriebsetzung zu drehen, worauf das Mädchen irrtümlicherweise in die nicht mit Schutzvorrichtung versehenen Zahnräder griff, mit der rechten Hand in das Getriebe geriet und dadurch den rechten Mittelfinger einbüßte. In anbetracht der Fahrlässigkeit, Kindern solche verantwortungsvolle Arbeiten zu heißen, wurde der Angeklagte zu 20 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. — Die wegen Diebstahls vorbestraften Arbeiter Karl Scholz, 32 Jahre alt, Wilhelm Bollander, 33 Jahre alt, und der wegen Bettelns vorbestrafte 49 jährige Arbeiter Julius Malz hatten sich in Gemeinschaft mit der zweimal wegen Hehlerei vorbestraften Rohproduktenhändlerin Ida Straube von hier, geb. zu Bruckdorf, 53 Jahre alt, wegen Hehlerei angeklagt, zu verantworten. Die Angeklagten Scholz und Bollander hatten am 11. Februar zweimal zwei alte Schmierfässer beim Kaufmann Winter entwendet und zwei davon beim Kaufmann Sträßer für zwei Mark verkauft, ferner im April zweimal zwei dem Fabrikbesitzer Dehne gehörige Blod Messing vom Güterbahnhof entwendet und selbige der Frau Straube zum Verkauf gebracht. Der Angeklagte Malz war bei einem Messerdiebstahl beteiligt gewesen. Die ersten drei Angeklagten wurden antragsgemäß Scholz zu 1 Jahr, Bollander zu 3 Monaten und Malz zu 6 Monaten Gefängnis nebst je 1 Jahr Ehrverlust verurteilt. Gegen die wegen Hehlerei in zwei Fällen angeklagte Ida Straube war 1 Jahr 3 Monat Zuchthaus beantragt, selbige wurde aber mangels genügender Beweise freigesprochen.

Gewerbegericht vom 23. Mai. Der Schneidergeselle Heine klagt gegen seinen Arbeitgeber Kriese auf eine 14 tägige Entschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung. Dem Kriese wird auf seine Aussage, daß Heine in seiner Arbeit nichts getaugt habe, vorgehalten, es müsse sich jeder Arbeitgeber vorher von der Tauglichkeit seines Arbeiters überzeugt haben und könne ihn nicht ohne weiteres entlassen. Kläger behauptet, wochentlich 15 Mark verdient zu haben, was Beklagter bestreitet. Da keine Einigung zu erzielen war, wurde der Termin bestimmt. Vernehmung des Schneidermeister Hafke als Sachverständigen auf den 2. Juni vertagt. — Für seinen Sohn klagt der Schmied Strohbach gegen den Tischlermeister Moescher wegen rückständigen Lohnes. Strohbach behauptet, daß, nachdem sein Sohn als Gehilfe angenommen war, der Lohnsatz auf 2,10 Mark täglich festgesetzt worden sei, wogegen Beklagter nur 10 Mark wöchentlich vereinbart haben will. Eine Verständigung kam nicht zu stande, weil Moescher auf die Forderung des Klägers, dessen Sohn als Gesellenstück seine Arbeit „verfuscht" hätte, nicht einging und die Vernehmung von Zeugen beantragte. Vertagung auf Mittwoch 12 Uhr. — Der Schmied Pfeifer verklagt von dem Bauunternehmer Lüttich 36 Mark rückständigen Lohnes. Kläger ist entlassen, weil vermutet wird, daß er aus dem Schuppen des Lüttich, während er Wasser holte, Eier entwendet habe, was er jedoch bestreitet. Vertagung auf Mittwoch zur Vernehmung von Zeugen. — Wegen plötzlicher Dienstentlassung klagt der Büffetier Deparade gegen den Restaurateur Reupsch um Entschädigung von 27.50 Mark für 14 Tage. Kläger mußte seine Unterschrift anerkennen, daß er bei Unzufriedenheit seines Prinzipals sofort entlassen werden könne und nahm die Klage zurück.

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Nachdruck verboten.)

Leipzig, 19. Mai. (Die berechtigten Interessen der Presse. Das freisinnige „Erfurter Tageblatt" hatte zu Anfang des vorigen Jahres mehrere Artikel über städtische Angelegenheiten gebracht, welche einen Strafantrag seitens des Bürgermeisters und eine Anklage gegen den Herausgeber des Blattes, Herrn Eduard Moos, sowie gegen den verantwortlichen Redakteur Großmann zur Folge hatten. In der Verhandlung der Erfurter Strafkammer vom 8. März d. J. wurde Großmann zu einer geringen Geldstrafe, Moos dagegen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und zwar wegen Beleidigung des Polizeiinspektors M und des Stadtbaurats K. Die Stelle eines polizeiinspektors war erst neu eingerichtet worden und es hatte seit dem Antritt dieses Herrn ein auffallend starker Wechsel in den unteren Polizeibeamtenstellen stattgefunden. Der eine Artikel hatte das als nicht vorteilhaft bezeichnet, von kommißmäßiger Behandlung gesprochen und zum Beispiel einen Taubenschlag, sowie eine Hausfrau, die im Jahre 25mal ihr Dienstmädchen wechselt, herangezogen. Während nach Annahme des Gerichts hierdurch der Polizeiinspektor beleidigt worden ist, soll der Stadtbaurat K. durch den Vorwurf, er habe ein Talent, sich bei den Voranschlägen für städtische Bauten zu verrechnen und zwar so, daß der Stadtkasse größere Kosten zur Last fallen, wahrheitlich gemacht worden sein. Eine weitere Beleidigung des Baurat war in dem Satze gefunden worden, derselbe habe sich erkühnt, in [illegible]tlicher Stadtverordnetensitzung die Kritik eines Stadtverordneten aus von unberufener Seite kommend zu bezeichnen. Thatsächlich ist diese Aeußerung von einem anderen städtischen Beamten gethan worden. Zu bemerken ist noch, daß die Anklage auf Verleumdung ging, während das Urteil nur wegen Beleidigung (§§ 185 und 186 des Str.-G.-B.) gefällt wurde, endlich daß die Verhandlung wegen eines fünften zur Anklage stehenden Artikels vertagt wurde. Die Revision des Angeklagten Moos, welche heute vor dem 3. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, wurde von Herrn Rechtsanwalt Munckel I aus Berlin vertreten. Derselbe erblickte einen erheblichen Verstoß gegen die Prozeßvorschriften darin, daß der Angeklagte nach dem Beschlusse des Gerichts, den fünften Anklagefall zu vertagen, nicht noch einmal gehört worden ist. Er bemerkte dann in materieller Beziehung etwa folgendes: Der Polizeiinspektor soll durch den Vergleich mit dem Taubenschlag und einer etwas jähzornigen Hausfrau beleidigt sein. Ich würde mir die Behauptungen des Angeklagten aneignen, wenn nicht das Landgericht ein so scharfes Urteil darüber gefällt hätte, indem es von der Dreistigkeit und Einfalt des Angeklagten sprach. Der Vergleich mit dem Taubenschlag ist allerdings nicht ganz zutreffend, weil die Tauben die Gewohnheit haben, zurückzukehren, während die Polizeibeamten in Erfurt auf Nimmerwiedersehen fortgingen. Dem Baurat wird in teilweise humoristischer Form vorgeworfen, er habe ein Talent, sich zu verrechnen. In der Kalkulation kann sich jeder Mensch irren, das Gericht macht nun aber in unzutreffender Weise aus dieser Bemerkung den Vorwurf der Unfähigkeit. Bezüglich der angeblichen Bemerkung des Bauraths in der Stadtverordnetenversammlung giebt das Gericht zu, daß eine solche Aeußerung den, der sie gethan hätte, in der öffentlichen Meinung herabsetzen kann, aber es sagt dann, man müsse diese Aeußerung interpretieren: von unberufenen, d. h. unsachkundiger Seite. Das geht nicht an, und es ist jedenfalls ein besonderer Grad von Empfindlichkeit gegen Beleidigungen, der hier objektiv das Vorhandensein von Beleidigungen feststellen läßt. Daß der Angeklagte als Erfurter Bürger berechtigte Interessen wahrnahm, giebt das Gericht zu, erblickt aber die Beleidigung in der Form Aus den Gründen ist aber nicht mit Sicherheit zu entnehmen, daß Form und Inhalt auseinander gehalten sind. Die Ausdrucksweise des Urteils übertrifft die des Angeklagten bedeutend an Schärfe, es nennt ihn dreist und einfältig und seine Einwände frech und empörend. Ich bitte das Urteil aufzuheben und die Sache aus naheliegenden Gründen an ein von der städtischen Verwaltung Erfurts etwas entlegeneres Gericht zu verweisen. — Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung nur teilweise. — Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil in vollem Umfange auf und verwies die Sache an das Landgericht Naumburg zurück. Die erwähnte prozessuale Rüge wurde als begründet erachtet. Bei Punkt 2 der Anklage hielt das Reichsgericht die Feststellungen nicht für ausreichend und bezüglich der Nichtzubilligung des § 139 (berechtigte Interessen) nahm es an, daß Form und Inhalt nicht genügend auseinander gehalten seien.

Arbeiterbewegung.

Halle. Am Sonnabend d. 21. Mai hielt der wiedereröffnete Verein zur Wahrung der Interessen der Schlosser, Dreher und verwandten Berufsgenossen seine erste Mitgliederversammlung in „Faulmanns Restaurant", Gartengasse, mit der Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Anträge zur Statutenänderung und Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Verschiedenes, ab. Da die Versammlung nicht rechtzeitig bekannt gegeben, war die Beteiligung eine nicht so gewünschte. Aus diesem Grunde konnte die Wahl eines definitiven Vorstandes nicht erfolgen und wurde deshalb ein provisorischer Vorstand von drei Mann gewählt. Ebenso wurde der 2. Punkt zur nächsten Versammlung zurückgestellt, aber zur Ausarbeitung eine Kommission von fünf Mann gewählt, welche die umgearbeiteten Statuten der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen haben. Der Tag, die Zeit und in welchem Lokale wurde dem provisorischen Vorstande überlassen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung, indem er aufforderte, für das Blühen und Gedeihen des Vereins Sorge zu tragen.

Halle. Die in den „Drei Königen" stattgefundene Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und anderer Arbeiter beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Der Einfluß der heutigen Gesellschaft auf die Charakterbildung des Individuums. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhält Genosse Deumer das Wort. Der Referent führt in fast $1^1/_4$ stündigem Vortrag der Versammlung ein Bild der Belehrung vor Augen. In der Diskussion sprachen noch einige Genossen im Sinne des Referenten. Beim 2. Punkt: Vereinsangelegenheiten, wird der Antrag gestellt, die nächste Mitgliederversammlung des Festes wegen ausfallen zu lassen, was einstimmig angenommen wird. Zum 3. Punkt: Verschiedenes, wird der Wunsch geäußert, doch in nächster Zeit ein Vergnügen zu veranstalten, da wir doch noch kein Stiftungsfest gefeiert haben, was auch acceptiert wird. Hierauf erfolgt die Wahl von 6 Genossen zu einem Vergnügungskomitee. Nachdem dies geschehen, wird die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Nah und Fern.

Leipzig, 19. Mai. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde vor einigen Tagen vor dem hiesigen Landgericht gegen den Rentier Franz Voigtsberger verhandelt, der am 6. April v. J. wegen Fälschung eines Mietsver-

Täglicher Eingang von Neuheiten in
Jacketts, Capes, Promenades, Fichus, Staub- u. Regenmänteln. J. Lewin,
Verkauf zu streng festen, anerkannt niedrigsten Preisen. Halle Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218920525-16/fragment/page=0003

trages durch Einschiebung einer kassatorischen Klausel zu einem Jahre Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt wurde. Gegen eine Kaution von 50 000 M. auf freien Fuß gesetzt, wußte es der Verurteilte nach Verwerfung seiner Revision durch das Reichsgericht mit Hilfe des Rechtsanwalts Dr. Sello-Berlin durchzusetzen, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet wurde. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde nunmehr über den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten und eine Geldstrafe von 1500 M. verhängt. Außerdem wurde auf dreijährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt. Die Angelegenheit erregte hier vor Jahresfrist das größte Aufsehen, da Voigtsberger als ein sehr wohlhabender Mann galt, und mit einem Jahreseinkommen von 21 000 M. eingeschätzt war.

Landsberg a. d. Warthe. (Ein schneidiger Amtsrichter.) Ueber einen interessanten Beleidigungsprozeß berichtet die „Neumärk. Ztg.“:

Vor der hiesigen Strafkammer des Landgerichts standen am 13. d. Mts. als Angeklagte der Landwirt Stöhr aus Neuenburg, der Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Berendes aus Tempelhof, und zwar wurde Stöhr beschuldigt, am 26. Oktober v. J. an den Landgerichts-Präsidenten eine Eingabe gesandt zu haben, in welcher beleidigende Ausdrücke in bezug auf den Amtsrichter Grafen von Bismarck zu Soldin enthalten waren, Berendes sollte dabei dem Stöhr durch Rat und That bei dieser Eingabe Beihilfe geleistet haben. In der betreffenden Eingabe hatte der Angeklagte Stöhr sich beschwert, daß der Amtsrichter Graf von Bismarck seine Frau, die brustkrank sei und nach strenger Anweisung des Arztes vor jeder Aufregung geschützt werden solle, in einer Prozeßsache gegen ihn, den Angeklagten, als Zeugin im Juli v. J. bei ihrer Vernehmung im Hauptverhandlungstermin derartig angeschrien und schroff behandelt habe, daß dieselbe gleich darauf infolge der dadurch hervorgerufenen Aufregung Blut gespien habe und nach dem Badeort Lippspringe habe gebracht werden müssen. Er, der Angeklagte, habe vorher noch um Schonung seiner Frau und Vernehmung derselben in ihrer Wohnung gebeten. Dies sei jedoch abgelehnt worden. Nach ihrer Rückkehr aus dem Bade sei seine Frau dann in einem weiteren Termine am 25. September v. J. vernommen und dabei ebenso rücksichtslos, wie das erste Mal behandelt worden. Zum Schlusse war in der Eingabe noch gesagt, die ganze Art und Weise des Benehmens des Amtsrichters dem Publikum gegenüber sei ein so rohes und ungebührliches, daß dadurch das Ansehen des Gerichts leide. Der Angeklagte gestand zu, diese Eingabe unterzeichnet und abgesandt zu haben. Der Angeklagte Berendes räumte seinerseits ein, die Eingabe geschrieben zu haben und zwar zunächst soweit sie Thatsachen, die Frau des Stöhr betreffend, enthalte, nach den Angaben des Stöhr, den Schlußsatz habe er aber aus eigenem Antriebe noch hinzugefügt. Der letztere erklärt, daß im dortigen Amtsbezirk allgemein Klage geführt würde über die schroffe Art und Weise, wie der Amtsrichter die Leute in den Terminen behandle und führt eine Reihe von Umständen und Thatsachen an, die seinen Schlußsatz rechtfertigen sollen. Unter andern führt derselbe an: Das Wort „Donnerwetter“ werde oft gebraucht, auch das Wort „Ochse“ habe er schon gehört, und wenn die zu vernehmenden Leute an sie gerichtete Fragen nicht gleich so beantworten, wie er es wünscht, so würden sie angeschrien mit den Worten: „Halten Sie das Maul!“ Der Zeuge Aktuar Sparfeld bestätigte die Angaben des Angeklagten und führte noch mehr Vorkommnisse an, die als ungehörig gelten könnten. So habe u. a. eine kranke Frau die Aufnahme eines Testaments verlangt. Die Frau habe bei Ankunft des Richters auf einem sogenannten Großvaterstuhl, in Betten eingepackt, gesessen. Bei der Aufnahme des Testaments habe es sich auch um Vorlegung von Sparkassenbüchern gehandelt und der Ehemann der Kranken habe behilflich sein und die Bücher aus einer Kommode holen wollen. Der Amtsrichter habe aber den Mann angeschrien und hinausgewiesen. Als nach einiger Zeit ein erwachsener Sohn das Zimmer betreten habe, sei er ebenfalls in schroffer Weise hinausgewiesen worden. Der Bürgermeister Knitter als Zeuge sprach seine Ansicht dahin aus, daß das, was in der Eingabe gesagt ist, sich wohl rechtfertigen lasse. Er fungiere als Amtsanwalt, aber er sei selber schon zweimal so in Erregung über die Art und Weise der Behandlung der Leute geraten, daß er aufgesprungen sei und zum Fenster hinausgesehen habe. Die Leute wurden angeschrien und ängstlich gemacht und dabei sei es dem Amtsrichter gleich, ob er einen alten Mann von 80 Jahren oder einen jungen Menschen von 16 Jahren vor sich habe. Zweimal habe er selber schon Beschwerde erheben wollen, aber dann doch davon abgesehen. Rechtsanwalt Preußler äußert sich in ähnlicher Weise und bemerkt, daß Zeugen oder sonstige Personen durch das Kreischreien und Zwischenreden bei ihren Aussagen leicht verwirrt werden könnten, daß dadurch der objektive Sachverhalt der Wahrheit entsprechend schwer zu ermitteln sei, auch sonst die Leute leicht in Gefahr kommen könnten, sich meineidig zu machen. Zeuge Landwirt Schulz bekundet, er habe nach dem Tode einer Arbeiterfrau als Pfleger für deren Kinder bestellt werden sollen und den Amtsrichter gebeten, davon entbunden zu werden, weil er schon drei Vormundschaften für andere Familien habe und selber drei taubstumme Kinder besitze. Der letztere habe ihm entgegen geschrien: „Halten Sie das Maul!“ Nach einer Weile habe er noch einmal sprechen wollen. Doch als er nur angefangen habe mit den Worten: „Herr Graf“ — da habe dieser sofort nach der Klingel gegriffen und geäußert, er werde ihn sofort einsperren lassen. Nachträglich habe ihn derselbe zu fünf Mark Strafe verurteilt wegen ungebührlichen Betragens. Diese Strafe habe er auch zahlen müssen. Der Zeuge Apotheker Rdes, der öfter als Schöffe fungierte, giebt an, daß der Amtsrichter häufig ½—¾ Stunde später gekommen sei, als die Terminstunde angesandten habe und daß, wenn der Richter eine Reise vorgehabt, die letzten Sachen so kurzab behandelt worden seien, daß man sagen könne, sie seien übers Knie gebrochen. Außerdem wurde noch ein Fall zur Sprache gebracht, wo ein Landmann als Vormund zu einem Termin vorgeladen war zu Vormittag 10 Uhr, und daß dieser Mann schließlich bis 3 Uhr warten mußte. Es wurde dann ermittelt, daß inzwischen der Amtsrichter in seiner Gondel auf dem dortigen See umhergefahren war. Seitens des Staatsanwalts wurde auf die Vernehmung weiterer Zeugen verzichtet und die Freisprechung der Angeklagten beantragt. Der Gerichtshof erkannte dem Antrage gemäß und legte die Kosten, auch die dem Angeklagten entstandenen Kosten für die Verteidigung, der Staatskasse auf. Zur Begründung des Urteils wurde vom Vorsitzenden u. a. hervorgehoben, wenngleich der Schlußsatz und namentlich die in demselben enthaltenen Worte: „roh und ungebührlich“ als beleidigend erachtet werden müßten, so habe der Gerichtshof angenommen, daß den Angeklagten eine Absicht zu beleidigen nicht beigewohnt habe. Außerdem hätten sich dieselben in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden und sich mit ihrer Beschwerde auch an die richtige Stelle gewendet.

Publikation der Boykott-Kontrollkommission.

Arbeiter, Parteigenossen!

Der Boykott über die größeren hiesigen Brauereien (außer über die Günthersche) dauert fort, und ist es Eure Pflicht, als klassenbewußte Arbeiter denselben so lange aufrecht zu erhalten, bis uns in bezug auf Benutzung von Versammlungssälen (vorzüglich auf dem Lande), dasselbe Recht zuerkannt wird, als den Gegnern der Arbeiterbewegung.

Es ist eine alte Gewohnheit, daß am **sogenannten** Himmelfahrtstage alle Hallenser „ausfliegen“, und hier muß jeder einzelne wahre Genosse Kontrolleur sein und seine Kollegen abzuhalten suchen, das hiesige Bier zu trinken.

Freunde und Genossen! Wir empfehlen, um nicht gegen den Boykott zu verstoßen, Euch den Ausflügen

1. des Naturheilvereins in Giebichenstein (Näheres im Inseratenteil) nach der Bischofswiese;
2. der „Giebichensteiner Arbeiterliedertafel“ (siehe Inserat) nach Gutenberg anzuschließen; und
3. bei Ausflügen nach Ammendorf und Radewell nur das „Gasthaus zu Radewell“ zu besuchen, sowie
4. wenn Ihr auf die „Rabeninsel“ geht, nur im „Inselschlößchen“ einzukehren.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Boykottkommission.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

(Nachdruck verboten.)

26. Mai: Veränderlich, frische Winde, wärmer. Strichweise Gewitter mit Platzregen bei stürmischen Winden.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 23 Mai.

Aufgeboten: Der Kaufmann William Meyer und Emilie Schulze (Magdeburg und Raffineriestraße 4) Der Schneider Gustav Gruß und Antonie Großer (Schülershof 21 und Langenbogen). Der Büreauvorsteher Albert Bahrdt und Klara Barthold (Halle a. S. und Hohenmölsen)

Eheschließungen: Der Kaufmann Oskar Kobelt und Margarethe Stade (Leipzigerstraße 53 und Moritzkirchhof 6/7). Der Kaufmann Hugo Zorn und Elisabeth Stade (Gr. Ulrichstraße 58 und Moritzkirchhof 6/7). Der Schuhmachermeister Wilhelm Großmann und Pauline Lehmann (Schützengasse 1).

Geboren: Dem Handarbeiter Tobias Rothhaupt eine T., Ella (Gr. Märkerstraße 18). Dem Telegraphen-Assistent Peter Größgen ein S., Paul Walther (Thorstraße 14a). Dem Gärtner Louis Schmidt ein S., Ludwig Paul (Schillerstraße 22b). Dem Kaufmann Georg Hintze ein S. (Moritzzwinger 6). Dem Mehlhändler August Köhlsoff ein S., Erich August (R. d. Steinthor 2). Dem Sattler Richard Schondorf ein S., Bernhard Georg (Gr. Berlin 4). Dem Fleischer Heinrich John ein S., Friedrich Karl (Taubenstraße 3). Dem Schlosser Emil Hennicke eine T., Auguste Elsa Olga (4. Vereinsstraße 12). Dem Grubenarbeiter Gustav Winkler eine T., Frieda Hedwig (Schlosserstraße 4). Dem Bahninvaliden Albert Schöne ein S., Otto Richard Paul Albert (Mittelwache 11). Dem Müller Adolf Gutte ein S., Gustav Adolf (Wölbergasse 1). Dem Handarbeiter Hermann Danneberg ein S., Hermann Paul Erich (Gr. Wallstraße 15). Dem Steueraufseher Hermann Schmidt ein S., Oswald Bernhard Otto (Thorstraße 14a).

Gestorben: Des Techniker Bernhard Rahming Ehefrau Elisabeth geb. Denzau, 22 J. (Hirtengasse 14). Die Witwe Friederike Müller geb. Sachse, 32 J. (Landwehrstraße 11a). Des Kreisgerichtsrat a. D. Friedrich Jacob Ehefrau Alwine geb. Lepsius, 77 J. (Paradeplatz 6). Des Fleischermeister Oskar Pfeiffer S. Otto, 1 M. (Nikolaistraße 6). Der Kreisgerichtssekretär a. D. Franz Hermann Welcker, 69 J. (Augustastraße 11). Die Witwe Emilie Flurschütz geb. Kupfer, 51 J. (Schillerstraße 19). Der Gepäckträger Friedrich Falk, 58 J. (Klinik). Des Handarbeiter Alfred Hutt S. Robert, 1 J. (Weißstraße 2). Des Drehorgelspieler Gottlieb Teucher Ehefrau Margarethe Henriette geb. Kirchner, 64 J. (Weingärten 20). Des Dachdecker Albert Augustin T. Minna, 1 M. (Mühlberg 2). Des Maschinenmeister Gustav Johanson T. Anna Klara, 14 J. (Mansfelderstraße 28). Der Tischler Karl Stahlmann, 76 J. (Klinik).

Garnierte Damen-Hüte und **Kinderhüte**

Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Giebichensteiner Arbeiterliedertafel.

Donnerstag (Himmelfahrtstag)

Ausflug mit Familie nach Gutenberg.

Abmarsch von der Guten Quelle, Reilstr. 116

früh 8 Uhr.

Naturheilverein Giebichenstein.

Zur Himmelfahrt

gross. Ausflug nach der Heide.

Hierzu laden wir die Mitglieder unseres Vereins sowie die verehrten Mitglieder der Brudervereine von Halle nebst Familie mit dem Bemerken ein, daß für ein Glas ff. Schönebecker Bier, versch. Speisen und angenehme Unterhaltung gesorgt ist. Abmarsch früh punkt 6 Uhr vom Gasthof zur Sonne mit Musik.

Treffpunkt Bischofswiese.

Der Vorstand.

Himmelfahrtstag.

Rabeninsel-Inselschlößchen.
Rabeninsel-Inselschlößchen.
Rabeninsel-Inselschlößchen.
Rabeninsel-Inselschlößchen.

Geöffnet von nachts 12 Uhr ab. — Von nachmittags 3 Uhr

Ballmusik.

Früh ff. Speckkuchen. ff. Naumburger Export 15 Pf.

Hierzu ladet ergebenst ein **A. Carlus.**

Emil Königs

Schuhwarenlager

Halle a. S.

42 Schmeerstrasse 42

Beste und billigste Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art.

Kinderwagen, Reisekörbe

große Auswahl, billige Preise.

K. A. Koch, Geiststraße 20.

Nehme alte Kinderwagen in Zahlung. Daselbst ein Kinderfahrstuhl zu verk.

Kuhkäse, ganz reife, Mdl. nur 45 Pf. verkauft Schülershof 11.

Bernstein-fußbodenlack mit Farbe, über Nacht trocknend, von größter Haltbarkeit, pro Pfd. nur 75 Pf. bei

E. Walthers Nachf.

Moritzthor 1 und Steinweg 29.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.

Die Gebrüder Stelling, Bravour-Gymnastiker am dreifachen Reck. — Brothers Salma, egypt. Doppel-Jongleure. — Mr. Edward, Equilibrist auf der Drahtseil. — Fräul. Ella Wolff, Instrumentalistin. — Herr Eugen Tilebus, Ballet-Parodist. — Frl. Amelie Helmar, Kostüm-Soubrette. — Herr Maximilian Franke, Gesangshumorist und Charakteristiker.

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Dampferlinie Halle—Rabeninsel.

Zum Himmelfahrtstag von nachts 12 Uhr an

Abfahrten.

C. Schräpler, Unterplan.

Morgen Mittwoch **Schlachtefest.**

W. Gerecke, Lessingstraße 32.

2003 Paar Sonntagsstiefeln à P. 6 M.
Langstiefeln à Paar von 9 M. an.
Herrenanzüge von 9 M. an.
Taschenuhren von 5 M. an.
Deutsche Lederhosen à Paar 2, 3 u. 4½ M.
Stoffhosen von 3 M. an.
Zieh-Harmonikas von 3.50 M.
600 Paar genag. Damenzugstiefeln à Paar 4½ M., nicht zu verwechseln mit solcher Ware, wie in manchen Ausverkäufen angeboten wird, sondern prima.
Ein Posten Männer- und Frauen-Barchenthemden, à Stück 1, 1½ und 2 M.
200 St. Weckeruhren Stück 3 u. 4½ M.

Renners Erstes Hall. Ein- u. Verkaufsgeschäft nur Leipzigerstr. 44.

Hochfeines Roggenbrot

7 Stück 3 M., liefert die Bäckerei von **M. Bethge,** alter Markt 5

Reines Roggenbrot

empfiehlt billigst **Max Jäger,** Bäckerei, Merseburgerstr. 42

Nur auf Bestellung verfertige ich elegante, dauerhafte **Korbarbeit** sowie **Reparaturen** zu den niedrigsten Preisen. Gebr. Kinderwagen werden sofort wie neu hergestellt.

A. Vetter, Korbmacher, kl. Ulrichstr. 7, 2. S.

Carl Th. Plötz Nachf.

Inh.: **W. Lauenroth.**

Nur! Nur! Nur!

52 große Ulrichstraße 52

großer Ausverkauf

in

Kurz-, Spiel-, Lederwaren und Wirtschafts-Artikeln

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Carl Th. Plötz Nachf.

Inh.: **W. Lauenroth.**

Nur! Nur! Nur!

52 große Ulrichstraße 52.

Kartoffeln 5 Liter 30 Pf.

Hochf. Süßrahm-Margarine à Pfd. 65 Pf. verk. **Otto Uhlrich,** gr. Wallstr. 35/36.

Verhältnisses. 1 Nipsophа 32 M., 1 Sopha 26 M. Bettst., Matr., Waschtischverk. Lindenstr. 16, p.

Geiststraße 26/27

Große

Gelegenheitsmeßkäufe

in allen denkbaren Gegenstände zu billigsten Preisen.

Ein- und Verkauf von Partie oder Ramsch aller Branchen.

Jacob Kninitzer.

Sämtliche Parteischriften

empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Musik Bestell. für Klavier u. Viol sowie Orch. w. ang. Dryandersir. 8, II.

Klaviermusik event. mit Geige wird angenommen (auch Himmelfahrt). **Kersten,** Riemeyerstraße 13.

Bäckerlehrling sucht unter günstigen Bedingungen **W. Schmidt,** Bäckermstr., Schülershof 12.

Freundliche Familienwohnungen mit Bad und Garten von 120 bis 160 Mk. jährlich, sofort beziehbar in „**Loest's Hof**“ bei **Inspektor Mauss.**

Schlafstelle, fein möbl., für 2 Herren. Treiberstraße 25, 1 Tr. l.

Logis mit Kost Friesenstraße 17, part.

Anst. Schlafst. offen Mittelstr. 5, 1 Tr. l.

Anst. Schlafst. „b“, sep. Eing. Meckelstr. 17, III l.

Frdl. Wohnung zu verm. Ludwigstr. 4a.

Für die Redaktion verantwortlich (mit Ausnahme des Inseratenteils sowie der Publikationen der Boykottkommission) Rich. Illge, Halle. — Verlag und für die Inserate sowie die Publikationen der Boykottkommission verantwortlich: Aug Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189205 25-16/fragment/page=0004